



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 8. April 2016

Nummer 14

INHALTSVERZEICHNIS

B:	Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	113	64	Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	140
63	Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land (Wasserwerksbetreiber) – Wasserschutzgebietsverordnung „Schollbruch“ – vom 16. März 2016	113	65	Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	140

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

63 **Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land (Wasserwerksbetreiber) – Wasserschutzgebietsverordnung „Schollbruch“ – vom 16. März 2016**

Inhalt:

- § 1 Räumlicher Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Schutz in den Zonen III-I
- § 4 Duldungspflichten
- § 5 Düngung im Wasserschutzgebiet
- § 6 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (PSM)
- § 7 Genehmigungen
- § 8 Befreiungen
- § 9 Vorrang der Kooperation
- § 10 Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen
- § 11 Ordnungswidrigkeiten
- § 12 Überwachung
- § 13 Andere Rechtsvorschriften
- § 14 Inkrafttreten

Aufgrund

- der §§ 51, 52 und 103 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG-) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585),

- der §§ 14, 15, 116, 117, 134 bis 136, 138, 141, 150, 161 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG –), Neubekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NRW S. 926/SGV. NRW 77),
- der §§ 91, 92, 93, 127 Abs. 2, 129 Abs. 1 und 133 Abs. 2 und 3 des Niedersächsischen Wassergesetzes – NWG – vom 19.02.2010 (Nieders. GVBl. 5/2010 S. 64)
- der §§ 12, 25, 27 bis 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG –), Neubekanntmachung vom 13.05.1980 (GV. NRW S. 528/SGV. NRW 2060),
- der Nr. 20.1.25 des Anhangs II der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz – (ZustVU) vom 03.02.2015 (GV. NRW S. 267/SGV. NRW 282),
- des Verwaltungsabkommens über die Bestimmung der gemeinsamen zuständigen Behörde für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land vom 30.09.2010, bekannt gemacht am 02.12.2010 (GV. NRW S. 661/SGV. NRW 77)

jeweils in der zurzeit geltenden Fassung wird im Einvernehmen mit dem Landkreis Osnabrück und der Bezirksregierung Arnsberg – Abt. Bergbau u. Energie in NRW – verordnet:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der

- Wassergewinnungsanlage Schollbruch des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land und seiner Rechtsnachfolger (begünstigter Unternehmer im Sinne von § 15 Abs. 1 LWG NRW bzw. § 91 Abs. 3 NWG) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Weitere Schutzzone (Zone III) – diese unterteilt in zwei Bereiche (Zone III B, Zone III A) –, die Engere Schutzzone (Zone II) und den Fassungsbereich (Zone I).
- (3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich auf die Gemarkungen:
- Ledde, Fluren 6 und 7
 Leeden, Fluren 8 bis 10, 14
 Lengerich, Fluren 17, 21 bis 23, 25, 26, 145 bis 149
 Lienen, Flur 6
 Tecklenburg, Fluren 14, 15 und 24
 in Nordrhein-Westfalen
 und
 Natrup-Hagen, Flur 10
 Sudenfeld, Fluren 1, 3 bis 5
 in Niedersachsen
 jeweils ganz oder teilweise.
- (4) Über das Wasserschutzgebiet mit seinen Schutzzonen gibt die dieser Verordnung beigelegte Übersichtskarte im Maßstab 1: 30.000 einen Überblick (Anlage 1.1).
 Im Einzelnen ergeben sich die Abgrenzungen des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen aus der Schutzgebietskarte im Maßstab 1:10.000 (Anlage 2).
 In den Karten sind die Zone III B braun, die Zone III A gelb und die Zone II grün dargestellt. Die Zone I ist rot angelegt.
 Aus der dieser Verordnung beigelegten Anlagen 3a (Nordrhein-Westfalen) und 3b (Niedersachsen) ergeben sich die Genehmigungs-, Anzeigepflichten und Verbote für die einzelnen Schutzzonen.
 Die Übersichtskarte, die Schutzgebietskarte und die Anlagen 3a und b sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Verordnung mit ihren Anlagen liegt vom Tage des Inkrafttretens an (§ 14 Abs. 1 LWG NRW bzw. § 91 Abs. 2 NWG) zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bei folgenden Behörden aus:
1. Bezirksregierung Münster
 – Obere Wasserbehörde –
 2. Landrat des Kreises Steinfurt
 – Untere Wasserbehörde –
 3. Landkreis Osnabrück
 – Untere Wasserbehörde –
 4. Bürgermeister der Stadt Lengerich
 5. Bürgermeister der Gemeinde Lienen
 6. Bürgermeister der Stadt Tecklenburg
 7. Gemeinde Hagen a.T.W.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) **Abwasser** im Sinne dieser Verordnung sind das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser (Niederschlagswasser). Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

- (2) **Abwasseranlagen** im Sinne dieser Verordnung sind alle Kanäle, Pumpwerke und sonstige Bauwerke, die Abwasser heben, transportieren oder zurückhalten.
- (3) **Abwasserbehandlungsanlagen** im Sinne dieser Verordnung sind Einrichtungen, die dazu dienen, die Schädlichkeit des Abwassers zu vermindern oder zu beseitigen oder den im Zusammenhang mit der Abwasserbehandlung anfallenden Klärschlamm für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufzubereiten. Sie sind öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen, wenn sie dem allgemeinen Gebrauch dienen.

(4) *Regelung für Nordrhein-Westfalen:*

Dauergrünland im Sinne dieser Verordnung sind nicht in die Fruchtfolge einbezogene Flächen, auf denen ständig Gras erzeugt wird. Es kann sich um eingesätes oder natürliches Grasland handeln. Zum Zwecke einer Grünlandnutzung angepachtete Ackerflächen, Brachflächen und im Rahmen des Vertragsnaturschutzes oder Vertragsgewässerschutzes eingebrachte Ackerflächen fallen nicht unter diese Regelung.

Regelung für Niedersachsen:

In Niedersachsen gilt die Definition der Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten (SchuVO) vom 09.11.2009 (Nds. GVBl. 2009, 431) in der jeweils geltenden Fassung.

- (5) **Gülle** im Sinne dieser Verordnung sind die Gemische aus Kot- und Harnausscheidungen von Rindern, Schweinen oder Geflügel, auch vermischt mit Wasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte. Zur Gülle im Sinne dieser Verordnung gehören auch die Ausscheidungen von Geflügel ohne Zusatz von Wasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte (Geflügelkot).
- (6) **Jauche** im Sinne dieser Verordnung sind die Harnausscheidungen von Rindern, Pferden, Schweinen, Schafen oder Ziegen, auch vermischt mit Wasser; geringfügige Anteile von Einstreu und Futterresten gelten als unerheblich.
- (7) **Intensivkulturen** im Sinne dieser Verordnung sind Kulturen mit hohem Düngeinsatz und/oder hohem Pflanzenschutzmitteleinsatz und dauernder Bearbeitung, die an stets gleicher Stelle angebaut werden; aufgenommen sind Hausgärten.
- (8) **Nährstoffträger** im Sinne dieser Verordnung sind alle Stoffe, die freie Nährstoffe enthalten oder solche nach einer Mobilisierung freisetzen, wie z. B. Gülle, Jauche, Festmist, Kompost, Silagesickersaft, mineralische Düngemittel.
- (9) *Regelung für Nordrhein-Westfalen:*

Recycling-Materialien im Sinne dieser Verordnung sind die in den gemeinsamen Runderlassen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW und des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr NRW – IV-3-953-26308 – IV-8-1573-30052 – / – VI-A3-32-40/45 - vom 09.10.2001 und 14.09.2004 (SMBl. NRW. 74, 913) genannten mineralischen Stoffe aus industriellen Prozessen (einschließlich Hausmüllverbrennungssaschen und Metallhüttenschlacken) und aus Bautätigkeiten (Recycling-Baustoffe) sowie vergleichbare mineralische Abfälle zur Verwertung, die mindestens den Anforderungen der vorgenannten Erlasse entsprechen.

Regelung für Niedersachsen:

Es gelten die Anforderungen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/ Abfällen“.

- (10) **Kompost** im Sinne dieser Verordnung sind aerob behandelte Bioabfälle.
- (11) **Wärmepumpen** im Sinne dieser Verordnung sind Heizungs-, Brauchwassernutzungs- und Kühlanlagen, die die Boden- und/oder Grundwassertemperatur ausnutzen.
- (12) **Wassergefährliche Anlagen** im Sinne dieser Verordnung sind Betriebe, in denen regelmäßig mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird (Lagern, Abfüllen und Umschlagen sowie Herstellen, Behandeln und Verwenden), insbesondere
 - Abfallentsorgungsanlagen,
 - Akkumulatorenfabriken,
 - Beizereien,
 - Chemikalienhandlungen,
 - Chemische Fabriken,
 - Erdölraffinerien, Großtanklager, Hydrierwerke,
 - Galvanikbetriebe, Weißblechwerke,
 - Gaswerke, Kokereien, Kohlekraftwerke,
 - Gerbereien und Lederverarbeitungsbetriebe,
 - Kaliwerke, Salinen,
 - Kfz-Reparaturwerkstätten, Tankstellen (auch für den Eigenbedarf),
 - Lackier-, Abbeiz- und Entlackungsbetriebe,
 - Metallhütten,
 - Schrottplätze, Autowrackanlagen,
 - Sprengstoff-Fabriken,
 - Textilveredelungsbetriebe,
 - Tierkörperbeseitigungsanlagen,
 - Zellulosefabriken,
 - Zuckerfabriken.
- (13) **Wassergefährdende Stoffe** im Sinne dieser Verordnung sind feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die sich im Wasser lösen, sich mit diesem vermischen, an seinen Inhaltsstoffen haften oder seine Oberfläche bedecken und dadurch die physikalischen, chemischen oder biologischen Eigenschaften des Wassers nachteilig verändern können, insbesondere
 - Säuren, Laugen,
 - Alkalimetalle, Siliciumlegierungen mit über 30 v. H. Silicium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Beizsalze,
 - Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte,
 - flüssige sowie wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen,
 - chemische Mittel für den Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung,
 - Gifte,
 - organische Lösungsmittel,
 - radioaktive Stoffe,
 - Jauche, Festmist, Gülle und mineralische Düngemittel,
 - Silagesickersaft und Molke,
 - Klärschlamm und Kompost.

Zu den wassergefährdenden Stoffen im Sinne dieser Verordnung gehören auch die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (VwVwS) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Wasserhaushaltsgesetz über die Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen vom 17.05.1999 (Bundesanzeiger Nr. 98a vom 29.05.1999) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführten Stoffe.

§ 3

Schutz in den Zonen III - I

- (1) Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.
- (2) Die Zone II soll den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z. B. Bakterien, Viren, Parasiten und Wurmeier) und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zur Fassungsanlage besonders gefährdend sind.
- (3) In der Zone I sind alle Handlungen verboten, die nicht dem ordnungsgemäßen Betreiben, Warten oder Unterhalten des Wasserwerks und seiner Wassergewinnungsanlage, der behördlichen Überwachung der Wasserversorgung oder dem Ausüben der Gewässeraufsicht dienen.

Das Betreten der Zone I ist nur solchen Personen gestattet, die im Interesse der Wasserversorgung handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind.

Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen sind verboten, soweit sie nicht dem Erhalten und Pflegen der zum Schutz des Grundwassers notwendigen Grasnarbe und des Baumbestandes dienen. Die dabei eingesetzten Geräte und Maschinen müssen entweder elektrisch oder mit biologisch leicht abbaubaren Kraftstoffen und Ölen betrieben werden.

Der Einsatz chemischer Mittel für den Pflanzenschutz, Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung und jegliche Düngung sind verboten.

- (4) Die in den Anlage 3a und b dieser Verordnung aufgeführten Handlungen oder Maßnahmen sind nach Maßgabe dieser Anlage verboten oder unterliegen einer Genehmigungs- bzw. Anzeigepflicht.

§ 4

Duldungspflichten

Regelung für Nordrhein-Westfalen:

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen sowie das Beobachten der Gewässer und des Bodens gemäß §§ 52 Abs. 1 Nr. 2 c), 101 WHG und §§ 116, 117, 167 Abs. 2 LWG NRW zu dulden.
- (2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Anlagen und sonstigen Einrichtungen im Wasserschutzgebiet, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bestehen und die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechtes in Bestand und Betrieb geschützt sind (Bestandsschutz), haben zu dulden, dass solche

Anlagen und Einrichtungen an die Vorschriften der Verordnung angepasst, beseitigt oder erforderliche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden (§ 52 Abs. 1 Nr. 2 c) WHG).

- (3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sind darüber hinaus verpflichtet:
1. Das Errichten, Betreiben und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten,
 2. das Aufstellen, das Unterhalten oder das Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern,
 3. das Auffüllen von Mulden und Erdaufschlüssen bzw. das Beseitigen von Ablagerungen,
 4. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden zum Beobachten, Messen und Untersuchen des Grundwassers und zur Entnahme von Bodenproben (nach Maßgabe des § 167 LWG),
 5. in Abstimmung mit dem Eigentümer das Errichten und Betreiben von Grundwassermessstellen,
 6. das Errichten und Unterhalten von Anlagen zum Sichern gegen Überschwemmungen
- zu dulden. Den Betroffenen, auf deren Grundstücken Untersuchungen durchgeführt werden, ist das Ergebnis der Untersuchungen mitzuteilen.

- (4) Der Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die gemäß den Absätzen 2 und 3 zu duldenen Maßnahmen durch schriftlichen Bescheid an. Der Wasserwerksbetreiber ist vorher zu hören. Soweit beregretliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit der Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Duldungspflichtigen zuzustellen sowie dem Wasserwerksbetreiber und den weiteren am Verfahren beteiligten Stellen zur Kenntnis zu geben.

Regelung für Niedersachsen:

- (1) Anlagen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig vorhanden sind, jedoch den Vorschriften des § 3 nicht entsprechen, sind in ihrem Bestand geschützt. Die zuständige Untere Wasserbehörde kann jedoch die Änderung oder Beseitigung verlangen, wenn der Zweck der Verordnung es erforderlich macht.
- (2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der im Wasserschutzgebiet liegenden Grundstücke sind verpflichtet, das Betreten der Grundstücke durch Beauftragte der Unteren Wasserbehörde und der von ihr ermächtigten Stellen nach vorheriger Ankündigung zu dulden, um die Einhaltung der in § 3 aufgeführten Schutzbestimmungen zu überprüfen und um Maßnahmen durchzuführen, die zum Schutz der Wassergewinnungsanlage erforderlich sind (z. B. Aufstellen von Hinweisschildern und Zäunen, Lagern von Hilfsstoffen zur Sicherung des Grundwassers, Entnahme von Bodenproben, Anlage und Betrieb von Grundwasserbeobachtungsbrunnen u. ä.).

Bei Gefahr im Verzuge bedarf es einer vorherigen Ankündigung nicht.

§ 5

Düngung im Wasserschutzgebiet

Regelung für Nordrhein-Westfalen:

- (1) Ziel der gewässerschonenden Düngung im Sinne dieser Verordnung ist es, im Interesse der bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung die Gewässer im Wasserschutzgebiet vor nachteiligen Einwirkungen durch eine nicht im Rahmen ordnungsgemäßer Landwirtschaft erfolgende Ausbringung von Düngemitteln zu schützen.

- (2) Düngemittel dürfen nur nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen aufgebracht werden.

- (3) Die Düngbedarfsermittlung und die -anwendung hat nach einem ständig zu aktualisierenden schriftlichen Düngeplan zu erfolgen.

Die Düngeplanung kann auch in Form eines betriebsbezogenen Nährstoffvergleiches erfolgen. Düngepläne sind 7 Jahre aufzubewahren und auf Verlangen dem Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – vorzulegen.

- (4) Der Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – ist berechtigt, für die Betriebe über 3 ha bewirtschafteter landwirtschaftlicher Flächen im Wasserschutzgebiet von dem bewirtschaftenden Landwirt Nährstoffuntersuchungen (z. B. N_{min}) am Ende der Vegetationsperiode (20.10. – 10.11. des Jahres) einzufordern.

Die Bodenuntersuchungen sind einschließlich der Probeentnahme von einer fachlich geeigneten, neutralen Stelle (z. B. LUFA) durchzuführen.

Eine Durchschrift der Untersuchungsergebnisse ist dem Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – über die Kreisstelle Steinfurt der Landwirtschaftskammer zuzuleiten.

Die Untere Wasserbehörde ist berechtigt, weitere Bodenproben zu entnehmen oder von einer neutralen Stelle entnehmen zu lassen.

Regelung für Niedersachsen:

- (1) Wer landwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen im Wasserschutzgebiet bewirtschaftet, ist verpflichtet, die Düngung dieser Flächen auf ein Gleichgewicht zwischen dem voraussichtlichen Nährstoffbedarf und der Nährstoffversorgung auszurichten.

- (2) Auf landwirtschaftlichen und erwerbsgärtnerischen Nutzflächen im Wasserschutzgebiet darf die Stickstoffzufuhr den Düngbedarf des betreffenden Düngjahres nicht überschreiten. Die Düngeempfehlung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen ist bei der Bemessung des Düngedarfs zu beachten. Auf hoch und sehr hoch mit Phosphor (P₂O₅) versorgten Böden ist die jährliche Nährstoffzufuhr für den zu düngenden Pflanzenbestand mit Phosphor (P₂O₅) auf die durchschnittliche Nährstoffabfuhr mit Ernteprodukten zu begrenzen.

- (3) Wer landwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen bewirtschaftet, ist verpflichtet, bezogen auf einen Schlag oder eine Bewirtschaftungseinheit die Stickstoff- und die Phosphatzufuhr (P₂O₅), den nach § 3 Abs. 3 DüV ermittelten Nährstoffgehalt des Bodens und die Ertragserwartung aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen über die Zufuhr von Stickstoff und Phosphor sind mindestens sieben Jahre lang nach Ablauf des Düngjahres aufzubewahren.

- (4) Auf Verlangen der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück hat die oder der nach § 6 Abs. 3 Verpflichtete Einsicht in die Aufzeichnungen nach § 6 Abs. 3 dieser Verordnung und nach § 6 Abs. 4 des

Pflanzenschutzgesetzes zu gewähren oder diese unverzüglich vorzulegen.

- (5) Die Untere Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück kann anordnen, den Nitratgehalt durch N_{\min} -Untersuchungen oder gleichwertige Verfahren auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Böden zu bestimmen.

§ 6

Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (PSM)

Regelung für Nordrhein-Westfalen:

- (1) Die Anwendung von PSM auf Freilandflächen darf nur erfolgen nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis unter Beachtung des Gesetzes zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz-PflSchG) vom 14.05.1998 (BGBl. I S. 971) und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, u. a. der Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung) vom 10.11.1992 (BGBl. I, S. 1887), sowie entsprechender Verwaltungsvorschriften (in Nordrhein-Westfalen: Pflanzenschutz-Freiflächenanwendungsvorschrift, Gem. Rd. Erl. MURL/MWMTV vom 27.03.2000, MBl. NRW Nr. 25, S. 455 ff), jeweils in der gültigen Fassung.
- (2) Bei Anwendung von PSM in Wasserschutzgebieten sind die Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer zu berücksichtigen.

Über die Anwendung von PSM sind Aufzeichnungen zu führen, aus denen sich ergeben müssen:

- Angabe der behandelten Fläche oder Bewirtschaftungseinheit (Gemarkung, Flur und Flurstück)
- Datum der Anwendung
- Art und Name des Mittels bzw. Wirkstoffs
- Menge des Mittels bzw. Wirkstoffs
- Kulturart
- Anlass der Anwendung.

Die Aufzeichnungen sind 7 Jahre aufzubewahren und dem Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – auf Verlangen vorzulegen.

Regelung für Niedersachsen:

Siehe § 6 Abs. 4 des niedersächsischen Teils dieser Verordnung.

§ 7

Genehmigungen

Regelung für Nordrhein-Westfalen:

- (1) Über die Genehmigungen nach § 3 dieser Verordnung entscheidet, soweit es die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Anhangs I der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz – ZustVU – vom 11.12.2007 (GV. NRW. S. 662/SGV. NRW. 282) betrifft, die Bezirksregierung Münster. In allen anderen Fällen entscheidet der Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde –. Dem Genehmigungsantrag sind in mindestens dreifacher Ausfertigung Unterlagen wie Beschreibung, Pläne, Zeichnungen und Nachweise beizufügen, soweit sie zur Beurteilung des Antrages erforderlich sind. Anträge, die mangelhaft sind oder ohne ausreichende Unterlagen vorgelegt werden, können ohne weiteres zurückgewiesen werden, wenn der Antragsteller die ihm mitgeteilten Mängel innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht behebt. Der Antragsteller ist auf diese Folgen hinzuweisen.
- (2) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn keine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung zu besorgen ist.

Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet, das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren. Eine Genehmigung kann auch einmalig für bestimmte in der Zukunft liegende Handlungen gleicher Art erteilt werden. Die Vorschriften des allgemeinen Ordnungs- und Verwaltungsverfahrenes bleiben unberührt.

- (3) Die Genehmigungsbehörde kann den Wasserwerksbetreiber beteiligen und holt ggf. vor seiner Entscheidung die Stellungnahme der zuständigen Unteren Gesundheitsbehörde in hygienischen und gesundheitlichen Fragen sowie auch Landwirtschaftskammer in landwirtschaftlichen und des Regionalforstamtes in forstwirtschaftlichen Fragen ein. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterliegen, so ist die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde zu hören.
- (4) Der mit Rechtsbehelfsbelehrung versehene Bescheid über den Genehmigungsantrag ist dem Antragsteller zuzustellen und allen am Verwaltungsverfahren Beteiligten zu übersenden.
- (5) Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.
- (6) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der Unteren Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt werden. Soweit die Bezirksregierung Münster für die vorgenannten behördlichen Zulassungen zuständig ist, ist das Einvernehmen der Oberen Wasserbehörde einzuholen. Absatz 3 gilt entsprechend.

Vorstehende Regelungen gelten nicht für Entscheidungen, die in einem Planfeststellungsverfahren ergehen (§ 14 Abs. 4 Satz 2 LWG).

Regelung für Niedersachsen:

Über die Genehmigungen nach § 3 dieser Verordnung entscheidet der Landkreis Osnabrück – Untere Wasserbehörde –.

Eine Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Handlung oder Maßnahme auf das durch diese Verordnung geschützte Grundwasser nachteilig einwirken kann und diese Nachteile durch Auflagen und Bedingungen nicht verhindert werden können.

§ 8

Befreiungen

Regelung für Nordrhein-Westfalen:

- (1) Die Bezirksregierung Münster, soweit es die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Anhangs I der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz – ZustVU – vom 11.12.2007 (GV. NRW. S. 662/SGV. NRW. 282) betrifft, oder in allen anderen Fällen der Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – können auf Antrag von den Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung

Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Die zuständige Behörde hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.

- (2) Dem Wasserwerksbetreiber kann auf Antrag von der Bezirksregierung Münster – Obere Wasserbehörde – Befreiung von den Genehmigungsvorbehalten und Verboten dieser Verordnung erteilt werden, soweit dies zum Betreiben der Wassergewinnungs- und -versorgungsanlage erforderlich ist und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.
- (3) Im Übrigen gilt § 7 dieser Verordnung mit der Maßgabe entsprechend, dass vor Erteilung einer Befreiung grundsätzlich auch die Stellungnahmen der Bezirksregierung Münster und des Wasserwerksbetreibers einzuholen sind.

Regelung für Niedersachsen:

Die Untere Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück kann von den Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten dieser Verordnung im Einzelfall widerruflich und befristet eine Befreiung erteilen, wenn

1. der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder
2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern.

Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.

§ 9

Vorrang der Kooperation

- (1) Auf Antrag einer Kooperation im Sinne des Abs. 2 gelten die §§ 6 und 7 dieser Verordnung nicht für Mitglieder einer Kooperation, soweit diese für ihre Mitglieder bzw. Vertragspartner verbindliche Regelungen für die vorgenannten Tatbestände getroffen hat. Der Antrag ist bei der Bezirksregierung Münster zu stellen. Die Regelungen der Kooperation müssen sich an den Grundsätzen des vorbeugenden Gewässerschutzes orientieren.
- (2) Eine Kooperation im Sinne dieser Verordnung ist – unabhängig von der Rechtsform – der vertragliche oder mitgliederschafliche Zusammenschluss von Landwirtschafts- oder Gartenbaubetrieben einerseits und einem oder mehreren Wasserversorgungsunternehmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung andererseits. Die Kooperation muss in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Zielsetzung der 12-Punkte-Vereinbarung zwischen der Wasserversorgung, der Landwirtschaft, dem Gartenbau – vertreten durch ihre Verbände/Kammern – und dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen von 1989 arbeiten.
- (3) Der Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – ist berechtigt, von den Vertretungsgremien der Kooperation Auskunft über deren allgemeine Tätigkeit zu verlangen. Die Untere Wasserbehörde muss insbesondere die in der Kooperation geltenden Anforderungen an die Düngekonzeption, die Düngekontrollverfahren und die Anwendung von zugelassenen PSM prüfen können. Dies soll in mindestens jährlichen Beratungsgesprächen geschehen. Sie ist nicht

berechtigt, Auskünfte über einzelne Untersuchungsergebnisse oder einzelne Kooperationsmitglieder zu verlangen.

- (4) Soweit die Kooperation für ihre Mitglieder verbindliche Konzepte für die gewässerschonende Umwandlung von Dauergrünland erstellt hat, können deren Mitglieder von der Genehmigungspflicht in Zone III auf Antrag der Kooperation befreit werden.
- (5) Soweit die Kooperation für ihre Mitglieder verbindliche Konzepte für das gewässerschonende Betreiben von Intensivkulturen erstellt hat, können deren Mitglieder von der Genehmigungspflicht in der Zone III auf Antrag der Kooperation befreit werden.
- (6) Über die Anträge nach Abs. 4 und 5 entscheidet der Landrat des Kreises Steinfurt – Untere Wasserbehörde – nach Anhörung der Landwirtschaftskammer und des Wasserwerksbetreibers auf der Grundlage der vorgelegten Konzepte.
- (7) Soweit Landwirte aus Niedersachsen der Kooperation beitreten, gilt für auch für diese der Vorrang der Kooperation.

§ 10

Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen

- (1) Soweit eine Schutzbestimmung dieser Verordnung das Eigentum eines Beteiligten unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht vermieden oder ausgeglichen werden kann, hat der Wasserversorungsverband Tecklenburger Land dafür nach § 52 Abs. 4 WHG eine Entschädigung zu leisten.

Die Höhe der Entschädigung wird auf Antrag gemäß §§ 96 bis 99 WHG von der Bezirksregierung Münster festgesetzt, wenn zwischen dem Wasserversorungsverband Tecklenburger Land und den Beteiligten keine gütliche Einigung erzielt werden kann.

- (2) Eine Ausgleichszahlung nach §§ 52 Abs. 5 und 99 WHG i.V.m. § 15 LWG bzw. § 93 NWG ist zu leisten, wenn eine der in den Anlagen 3a bzw. 3b aufgeführten Schutzbestimmungen erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzung eines Grundstückes beschränken oder mit zusätzlichen Kosten belasten, sofern keine Entschädigungspflicht nach Absatz 1 besteht.
- (3) Unmittelbar Begünstigter im Sinne des § 97 WHG ist der Wasserversorungsverband Tecklenburger Land bzw. dessen Rechtsnachfolger.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 103 Abs. 1 Nr. 8 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG bzw. § 133 Abs. 2 Nr. 1 NWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3 dieser Verordnung genehmigungspflichtige Handlung ohne die Genehmigung nach § 7 vornimmt.
- (2) Ordnungswidrig im Sinne von § 103 Abs. 1 Nr. 8 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG bzw. § 133 Abs. 2 Nr. 1 NWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3 dieser Verordnung verbotene Handlung ohne die Befreiung nach § 8 vornimmt.
- (3) Ordnungswidrig im Sinne von § 103 Abs. 1 Nr. 8 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG bzw. § 133 Abs. 2 Nr. 1 NWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Vorschriften in §§ 5 oder 6 dieser Verordnung verstößt.

- (4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße nach Maßgabe des § 103 Abs. 2 WHG und § 161 Abs. 4 LWG bzw. § 133 Abs. 3 NWG geahndet werden.

§ 12

Überwachung

Bestehende Anlagen oder Einrichtungen im Wasserschutzgebiet sind von Amts wegen durch die jeweils zuständige Untere Wasserbehörde zu prüfen und zu überwachen.

§ 13

Andere Rechtsvorschriften

Die ansonsten in Gesetzen oder aufgrund eines Gesetzes vorgesehenen Verbote, Genehmigungs-, Zulassungs-, Duldungs-, Mitwirkungs- und Anzeigepflichten oder Beschränkungen bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für die §§ 12, 62, 63, 32 und 48 WHG.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster und im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft und gilt 40 Jahre. Maßgeblich ist der spätere Termin der beiden Verkündungen.

Münster, den 16. März 2016
- 54.19.03-155/2010.0001 -

Bezirksregierung Münster
als Obere Wasserbehörde

In Vertretung
gez. Feller

Hinweis:

Bestandteil dieser Verordnung ist eine DIN A3 Karte die dem Amtsblatt als Anlage beigelegt ist.

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2016 S. 113-139

Gehört zur Wasserschutzgebietsverordnung für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land vom 16. März 2016
54.19.03-155/2010.0001
Bezirksregierung Münster
In Vertretung
gez. Feller

**Anlage 3 a (zu § 3) - Regelungen für Nordrhein-Westfalen-
zur Wasserschutzgebietsverordnung für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch
des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land- Wasserschutzgebietsverordnung „Schollbruch“**

Zeichenerklärung V = Handlung oder Maßnahme ist verboten

G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht durch die zuständige Wasserbehörde

Zone	III B	III A	II	I
1. <u>Abfallentsorgungsanlagen und ~umschlaganlagen</u>				
1.1 Errichten und Erweitern	V G: Anlagen zum Lagern, Behandeln oder Umschlagen von nicht nachteilig veränderten natürlichen Locker- und Festgesteinen, die nicht wassergefährdend sind	V G: wie Zone III B	V	V
1.2 wesentliches Ändern	G	G V: Änderungen, die das Gefährdungspotential vergrößern	V	V
2. <u>Abgrabungen, Grabungen</u>				
2.1 Trockenabgrabungen oder Maßnahmen, durch die die Grundwasserüberdeckung oder eine reinigende Schicht wesentlich vermindert werden	V Ausnahme: - Maßnahmen für das Verlegen von Telekommunikations- und Stromleitungen sowie sonstigen Ver- und Entsorgungsleitungen und für das Aufstellen von Masten - Baugruben für genehmigungsfreie Bauvorhaben	V Ausnahme: wie Zone III B	V	V
	G: Baugruben für sonstige Bauvorhaben	G: wie Zone III B		

Zone	III B	III A	II	I
2.2 Nassabgrabungen oder Maßnahmen, durch die das Grundwasser in seinem unbeeinflussten Zustand dauernd oder zeitweise freigelegt wird	V Ausnahme: - Maßnahmen für das Verlegen von Telekommunikations- und Stromleitungen sowie sonstigen Ver- und Entsorgungsleitungen und für das Aufstellen von Masten - Baugruben für genehmigungsfreie Bauvorhaben G: - Baugruben für sonstige Bauvorhaben - Anlegen von Blänken im Rahmen von Naturschutzmaßnahmen - Feuerlöschteiche	V Ausnahme: wie Zone III B G: wie Zone III B	V	V
3. Abwasser, Niederschlagswasser				
3.1 Niederschlagswasser s. Rd.Erl. des MURL v. 18.05.1998 Einleiten, Versickern, Verrieseln in den Untergrund				
3.1.1 Schachtversickerung	V	V	V	V
3.1.2 unverschmutztes	G: über technische Vorkehrungen zur beschleunigten Versickerung (z. B. Rigolen-Rohrversickerung etc.) Ausnahme: Niederschlagswasser von Dachflächen außerhalb von Gewerbe- u. Industriegebieten, das über die belebte Bodenzone versickert wird	G: wie Zone III B Ausnahme: wie Zone III B	V G: Großflächige Versickerung und Flächenversickerung von Niederschlagswasser von Dachflächen außerhalb von Gewerbe- u. Industriegebieten	V

Zone	III B	III A	II	I
3.1.3 gering verschmutztes	V: Versickerung über Rigolen-Rohrversickerung im Übrigen : G Ausnahme : Großflächige Versickerung über die belebte Bodenzone	V: wie Zone III B im Übrigen: G Ausnahme: wie Zone III B	V	V
3.1.4 stark verschmutztes	V G: - landwirtschaftliche Bewegungsflächen (Hofstelle und Zuwegung) - außerörtliche Hauptverkehrs- und Fernstraßen (Ziffer 14.3 des Rd.Erl. vom 18.05.1998 und die RiStWag ist zu beachten)	V G: wie Zone III B	V	V
3.2 Niederschlagswasser s. Rd.Erl. des MURL v 18.05.1998 Einleiten in oberirdische Gewässer				
3.2.1 unverschmutztes	G	G	G	V
3.2.2 gering oder stark verschmutztes	G Hinweis: der Rd.Erl. des MURL vom 26.05.2004 ist zu beachten	G: Hinweis: wie Zone III B	V	V
4. Abwasser, Schmutzwasser				
4.1 Einleiten in oberirdische Gewässer, die die Zone II durchfließen	G Ausnahme: bestehende Einleitungen mit Erlaubnis nach §§ 8, 10 WHG	G Ausnahme: wie Zone III B	V	V
4.2 Einleiten in oberirdische Gewässer, die anschließend nicht die Zone II durchfließen	G	G		
4.3 Aufbringen	G	G	V	V
4.4 Einleiten in den Untergrund (z. B. Verrieseln)	V G: Einleiten/Verrieseln aus Kleinkläranlagen	V G: wie Zone III B	V	V

Zone	III B	III A	II	I
5. <u>Abwasseranlagen</u> (s. § 2) Errichten, Erweitern, Wiederherstellen, wesentliches Ändern	G	G	V G: Sanierungsmaßnahmen, die den Gewässerschutz verbessern	V
6. <u>Abwasserbehandlungsanlagen</u> (s. § 2)				
6.1 Errichten	V G: - Regenklärbecken, Regenüberlaufbecken, Kleinanlagen wie z. B. Amalgamscheider bei Zahnärzten; Leichtflüssigkeitsabscheider, Kleinkläranlagen vorhandener Einzelanwesen und Bauvorhaben nach § 35 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 und § 35 Abs. 4 BauGB - Sanierungsmaßnahmen, die dem Gewässerschutz dienen.	V G: wie Zone III B	V	V
6.2 Erweitern	G	G	V	V
6.3 wesentliches Ändern, Wiederherstellen	G	G	V G: Sanierungsmaßnahmen, die den Gewässerschutz verbessern	V
7. <u>Anflugsektoren</u> Ausweisen von Notabwurfplätzen für den Luftverkehr	V	V	V	V
8. Anlagen, bauliche				
8.1 Errichten, Erweitern, Wiederherstellen, wesentliches Ändern, Nutzungsänderung	G Ausnahme: genehmigungsfreie Bauvorhaben	G Ausnahme: wie Zone III B	V	V
8.2 geringfügiges Ändern		G	G	V

Zone	III B	III A	II	I
9. Anlagen zum Lagern natürlicher Locker- und Festgesteine, die nicht wassergefährdend sind Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
10. Anlagen zum Erzeugen, Bearbeiten, Verarbeiten oder Spalten von Kernbrennstoffen, zum Aufarbeiten beschalteter Kernbrennstoffe und zum Erzeugen ionisierender Strahlen sowie das Lagern und Zwischenlagern radioaktiver Stoffe Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	V Ausnahme: Lagern und Verwenden radioaktiver Stoffe sowie der Betrieb von Elektronenlinearbeschleunigern im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf-, Mess- und Regeltechnik	V Ausnahme: wie Zone III B	V G: das Verwenden offener und umschlossener radioaktiver Stoffe zum Zwecke der Untersuchung des Fließverhaltens von Grundwasserströmen	V
11. Anlagen zum gewerblichen Güterumschlag Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
12. Anlagen zum Lagern oder Behandeln von Autotracks oder Kraftfahrzeugschrott siehe Ziffer 1				
13. Anlagen, wassergefährliche (siehe § 2)				

Zone	III B	III A	II	I
13.1 Errichten, Erweitern	V G: Anlagen zum Umgang mit Heizöl oder Dieselloftstoff für den Hausgebrauch und den Eigenverbrauch in gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieben bis zu einer Gesamtmenge von 40.000 l ; dichte, eingefasste und überdachte Flächen: - zum Lagern von chemischen Mitteln für Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung mit einem maximalen Rauminhalt von 1 m ³ ; - zum Lagern von festem Mineraldünger mit einem maximalen Rauminhalt von 100 m ³ ; - zum Lagern von flüssigem Mineraldünger bis zu einer Gesamtmenge von 40.000 l massive dichte Behälter zum Sammeln, Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften, die mit einer Leckageerkennungseinrichtung ausgerüstet sind; sonstige Anlagen der Landwirtschaft, Biogasanlagen Ausnahme: dichte, eingefasste und überdachte Flächen zum Umgang mit geringen Mengen wasserfährdender Stoffe	V G: wie Zone III B Ausnahme: wie Zone III B	V	V
13.2 wesentliches Ändern	G	G	V G: Maßnahmen, die den Gewässerschutz verbessern	V
14. <u>Badebetrieb</u> an oberirdischen Gewässern	G	G	V	V
15. <u>Baumschulen</u> (s. Gartenbaubetriebe, Ziffer 26)				

Zone	III B	III A	II	I
16. <u>Bauschuttaufbereitungsanlagen</u>				
16.1 Errichten, Erweitern	V	V	V	V
16.2 wesentliches Ändern	G	G	V	V
17. <u>Baustofflager, Baustelleneinrichtungen und zugehörige Wohnunterkünfte</u> Errichten, Erweitern	G	G	V	V
18. <u>Befahren von Gewässern mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor</u>	V	V	V	V
19. <u>Beregnung von Flächen</u>	G	G	G	V
20. <u>Bohrungen und Sprengungen</u>	G	G	V	V
	Ausnahme: Bohrungen und Sprengungen für - die geologische Landesaufnahme - den Grundwasserbeobachtungsdienst - Untersuchungen von Altlasten, Altlastenverdachtsflächen sowie schädlichen Bodenveränderungen - Weidebrunnen - Weidezäune - Nährstoff- oder Bodenqualitätsuntersuchungen - Brunnen für erlaubnisfreie Nutzungen nach § 46 WHG - die seismische Erkundung des Untergrundes	Ausnahme: wie Zone III B	G: Weidebrunnen Ausnahme: Bohrungen für - die geologische Landesaufnahme - den Grundwasserbeobachtungsdienst - Untersuchungen von Altlasten, Altlastenverdachtsflächen sowie schädlichen Bodenveränderungen - Weidezäune - Nährstoff- oder Bodenqualitätsuntersuchungen	
21. <u>Bodenauffüllung, Aufschüttungen</u>				
21.1 mit belasteten Böden und Gesteinen	V	V	V	V

Zone	III B	III A	II	I
21.2 mit unbelasteten natürlichen Böden und Gesteinen ab 400 m ² zu verfüllender Fläche	G	G	V	V
22. <u>Dauergrünland</u> Umwandlung in eine andere landwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung	G	G	V	V
23. <u>Festmistlager</u> über einen Zeitraum von 1 Monat im Jahr hinaus an der selben Stelle errichten	V Anzeigepflicht: Lager mit wasserundurchlässiger Bodenabdichtung und geordneter Sickerwasserableitung Ausnahme: Trockener Putenmist und Geflügeltrockenkot, der gegen das Eindringen von Niederschlagswasser gesichert wird	V Anzeigepflicht: wie Zone III B Ausnahme: wie Zone III B	V	V
24. <u>Fischteiche und Fischhaltung</u> mit Zufütterung				
24.1 Anlegen, Erweitern, wesentliches Ändern	V G: wenn Aussickern von Teichwasser in das Grundwasser ausgeschlossen ist Ausnahme: Zierteiche	V G: wie Zone III B Ausnahme: wie Zone III B	V	V
24.2 Netztierhaltung in Gewässern	V	V	V	V
25. Friedhöfe				
25.1 Neuanlagen	G	V	V	V
25.2 Erweitern	G	G	V	V
26. <u>Gewächshäuser in Gartenbaubetrieben</u> Errichten, Erweitern	G Ausnahme: geschlossene Gartenbausysteme mit Untergrundabdichtung oder vergleichbare Systeme	V Ausnahme: wie Zone III B	V	V

Zone	III B	III A	II	I
27. <u>Golfportanlagen</u> Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	V	V	V
28. <u>Gräben</u> Herstellen, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
29. <u>Gülle- und Jauchebehälter</u> (s. Ziffer 13)				
30. <u>Intensivkulturen</u> (s. § 2) Neuanlagen, Erweitern	G	G	V	V
31. <u>Klärschlamm aufbringen</u> Ausnahme: landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm aus der eigenen Kleinkläranlage	V	V Ausnahme: wie Zone III B	V	V
32. <u>Kleingartenanlagen</u> i. S. d. Bundeskleingartengesetzes Neuanlagen, Erweitern	G	V	V	V
33. <u>Kompost</u> Aufbringen auf land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden Ausnahme: Grünkompost in privaten Hausgärten	V G: Komposte, die der RAL-Gütesicherung der Bundesgütemeinschaft unterliegen und in den Prüfzeugnissen als „geeignet für WSZ III“ ausgewiesen sind.	V G: Komposte, die der RAL-Gütesicherung der Bundesgütemeinschaft unterliegen und in den Prüfzeugnissen als „geeignet für WSZ III“ ausgewiesen sind. Ausnahme: wie Zone III B	V G: Komposte, die der RAL-Gütesicherung der Bundesgütemeinschaft unterliegen und in den Prüfzeugnissen als „geeignet für WSZ II“ ausgewiesen sind.	V
34. <u>Kompostierungsanlagen</u>				
34.1 <u>Errichten, Erweitern</u> Ausnahme: Grünkompostierungsanlagen in privaten Hausgärten	V	V Ausnahme: wie Zone III B	V	V

Zone	III B	III A	II	I
34.2 Wesentliches Ändern	G Ausnahme: Grünkompostierungsanlagen in privaten Hausgärten	G Ausnahme: wie Zone III B	V	V
35. <u>Kühlwasser</u> ,				
35.1 unbelastetes Versickerer über die belebte Bodenzone	G	G	V	V
35.2 belastetes	s. Ziffer 4.	s. Ziffer 4.	s. Ziffer 4.	s. Ziffer 4
36. Märkte, Volksfeste, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen außerhalb dafür zugelassener Anlagen	G	G	V	V
37. <u>Motorsport</u> im Freien	G	V	V	V
38. <u>Nährstoffträger</u> (s. § 2) ausgenommen Klärschlamm und Kompost				
38.1 Aufbringen auf erwerbsmäßig genutzten Flächen	V Ausnahme: Düngung nach § 5	V Ausnahme: wie Zone III B	V Ausnahme: Düngung nach § 5, jedoch kein Wirtschaftsdünger wie Gülle, Jauche, Festmist	V
38.2 Aufbringen auf öffentl. Flächen	V Ausnahme: Düngung nach § 5	V Ausnahme: wie Zone III B	V Ausnahme: Düngung nach § 5, jedoch kein Wirtschaftsdünger wie Gülle, Jauche, Festmist	V
38.3 Aufbringen auf sonstige Flächen, z.B.: Haus- und Kleingärten	V Ausnahme: grundwasserschonende Düngung entsprechend dem Nährstoffbedarf der Pflanzen	V Ausnahme: wie Zone III B	V Ausnahme: grundwasserschonende Düngung entsprechend dem Nährstoffbedarf der Pflanzen, jedoch kein Wirtschaftsdünger wie Gülle, Jauche, Festmist	V

Zone	III B	III A	II	I
38.4 Aufbringen bei Besorgnis der Abschwemmung, insbesondere auf gefrorenem Boden oder auf hängigen Flächen (Besorgnis der Abschwemmung liegt nicht vor bei sofortiger Einarbeitung)	V	V	V	V
39. Pflöche (feste Pflöche zum dauerhaften Aufenthalt)	G	G	V	V
40. Pflanzenschutzmittel (PSM)				
40.1 Anwendung von in Wasserschutzgebieten nicht zugelassenen PSM nach Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung	V	V	V	V
40.2 Anwendung von zugelassenen Mitteln auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen	s. § 6	s. § 6	s. § 6	V
40.3 Anwendung von zugelassenen Mitteln auf öffentlichen Grünflächen	s. § 6	s. § 6	s. § 6	V
40.4 Anwendung in Haus- und Kleingärten	V	V	V	V
40.5 Anwendung auf sonstigen, auch befestigten Flächen, insbesondere Verkehrsflächen	Ausnahme: grundwasserschonende Anwendung	Ausnahme: wie Zone III B		
40.6 Ausbringen aus Luftfahrzeugen	V	V	G: wie Zone III B	V
40.7 Befüllen und Reinigen von Geräten zur Anwendung von PSM auf Flächen, von denen abfließendes Wasser in ein Gewässer gelangen kann	V	V	G: wie Zone III B	V

Zone	III B	III A	II	I
41. Rastanlagen, Parkplätze, Stellplätze für mehr als 10 Kfz				
41.1 Errichten, Erweitern		G	V	V
41.2 Unterhaltungsarbeiten		G	G	V
42. <u>Recycling-Materialien</u> (s. § 2) Verwenden bei Straßen- und Erdbau- maßnahmen	G	G	V	V
43. Rohrleitungen für wassergefährden- de Stoffe im Sinne des § 2 Abs. 13 dieser Verordnung				
43.1 Errichten	G	V G: Rohrleitungen innerhalb landwirtschaftli- cher Betriebsgrundstücke mit ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen gegen den Austritt wassergefährdender Stoffe in den Unter- grund	V	V
43.2 Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
44. <u>Schießstätten im Freien</u>				
44.1 Errichten, Erweitern	V: Tontaubenschießstätten, sonst: G	V	V	V
44.2 wesentliches Ändern	G	G	V	V
45. <u>Silagen, Silagemieten</u> Errichten, Erweitern	V Anzeigepflichtig: mit wasserundurchlässiger Bodenabdichtung und geordneter Sickerwas- sersammlung Ausnahme: Wickelsilagen und Frischgut mit einem Trockensubstanzanteil von mindes- tens 28 %	V Anzeigepflicht: wie Zone III B Ausnahme: wie Zone III B	V	V

Zone	III B	III A	II	I
46. <u>Silagesilos</u> Errichten, Erweitern	G	G	V	V
47. <u>Staubbahnen, Landebahnen, Sicherheitsflächen des Luftverkehrs</u>				
47.1 Errichten, Erweitern	V	V	V	V
47.2 wesentliches Ändern	G	G	V	V
48. <u>Stoffe, wassergefährdende</u> (s. § 2) (soweit diese Verordnung keine Sonderregelung trifft)				
48.1 Einleiten in den Untergrund (z. B. Versickeren oder Versenken)	V	V	V	V
48.2 offenes Lagern außerhalb dafür vorgesehener Anlagen	V	V	V	V
48.3 Lagern, Abfüllen, Umschlagen sowie Herstellen, Behandeln und Verwenden (s. Ziffer 13)				
48.4 Transportieren			V	V
49. <u>Straßen und Wege</u> Bauen neuer Straßen und Wege sowie wesentliches Ändern, soweit dies über den Rahmen der üblichen Unterhaltung und örtlich begrenzte Verkehrssicherungsmaßnahmen hinausgeht	G	G	Ausnahme: im Anliegerverkehr V G: Wirtschaftswege	V
50. <u>Versorgungsleitungen</u>				
50.1 Stromleitungen und Transformatoren mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln sowie sonstige Leitungen mit wassergefährdenden Stoffen				

Zone	III B	III A	II	I
50.1.1 Errichten, Erweitern	G	V G: oberirdische Leitungen, Transformatoren	V	V
50.1.2 wesentliches Ändern		G	G	V
50.2 sonstige Versorgungsleitungen				
50.2.1 Verlegen			V G: Telekommunikations- und Stromleitungen; notwendige Versorgungsleitungen für das Wasserwerk und die Wassergewinnungsanlagen	V
51. <u>Verkehrsanlagen, schienengebunden, soweit nicht anderweitig geregelt</u>				
51.1 Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
51.2 Unterhaltungsmaßnahmen	G Ausnahme: Unterhaltungsmaßnahmen, die aus Gründen der Verkehrs- oder Betriebssicherheit notwendig sind	G Ausnahme: wie Zone III B	G Ausnahme: wie Zone III B	V
52. <u>Wärmepumpen</u> (s. § 2) Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G		V	V
53. Wald				
53.1 Kahlnieb oder Lichthauung	s. § 10 Landesforstgesetz (LFoG)	s. § 10 Landesforstgesetz (LFoG)	s. § 10 Landesforstgesetz (LFoG)	V
53.2 Umwandeln von Wald und forstwirtschaftlich genutzten Flächen in andere Nutzungsarten	G	G	V	V
53.3 Bodenschutzkalkung	Anzeigepflicht	Anzeigepflicht	Anzeigepflicht	V
53.4 Einsatz von Kettenschmirmitteln für Motorsägen ohne Umweltzeichen (Blauer Engel) des Deutschen Instituts für Gütesicherung und Kennzeichnung (RAL)	V Ausnahme: Kalt gepresstes, naturbelassenes Rapskernöl	V Ausnahme: wie Zone III B	V Ausnahme: wie Zone III B	V

Zone	III B	III A	II	I
53.5 Einrichten von Holzschälplätzen			V	V
54. <u>Zelten und Lagern</u>	V Ausnahme: innerhalb dafür vorgesehener Einrichtungen	V Ausnahme: wie Zone III B	V	V

Gehört zur Wasserschutzgebietsverordnung für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land vom 16. März 2016 54.19.03-155/2010.0001 Bezirksregierung Münster In Vertretung gez. Feller

Anlage 3 b (zu § 3) - Regelungen für Niedersachsen (nur Zonen III A und III B)-

zur Wasserschutzgebietsverordnung für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land - Wasserschutzgebietsverordnung „Schollbruch“

Zeichenerklärung V = Handlung oder Maßnahme ist verboten

G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht durch die zuständige Wasserbehörde

Zone		III A	III B
<u>Abwasser</u>			
1. Einleiten von Abwasser in den Untergrund			
1.1	Versenken von Abwasser über Schluckbrunnen, Sickerschächte oder vergleichbare Einrichtungen Ausnahme: Niederschlagswasser von Dach- und Terrassenflächen	V G	V
1.2	Untergrundverrieseln oder Untergrundversickern von Abwasser Ausnahme: Niederschlagswasser von Dach- und Terrassenflächen	V G	V -
1.3	Verrieseln oder Versickern von Abwasser über die belebte Bodenzone	V	V
1.3.1	Schmutzwasser	G	G
1.3.2	von Verkehrsflächen oder mit diesen vergleichbaren Flächen abfließendes Niederschlagswasser	-	-
1.3.3	Niederschlagswasser von Dach- und Terrassenflächen	G	G
1.3.4	Ablaufwasser aus Fischhaltungen	G	G
2. Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer			
Ausnahme: Nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser im Rahmen des Gemeindegebrauchs nach § 32 NWG			
2.1	Schmutzwasser aus dem häuslichen Bereich nach Behandlung in einer bauaufsichtlich zugelassenen Kleinkläranlage	G	G
2.2	Ablaufwasser aus Fischhaltungen	G	G
3. Bau und Betrieb von Abwasserkanälen und -leitungen zum			
3.1	Durchleiten von Abwasser durch das Schutzgebiet	G	G
3.2	Hinausleiten von Abwasser aus dem Schutzgebiet	G	G
4. Errichten oder wesentliches Ändern von Abwasserbehandlungsanlagen oder Abwassersammelgruben			
4.1	Bauaufsichtlich zugelassene Kleinkläranlage	V G	V G
5. Verregnen oder Verwerten von Abwasser im Rahmen der Landbewirtschaftung			
Land- und Forstwirtschaft			
6.	Aufbringen von Klärschlamm im Sinne des § 2 Abs. 2 AbfklärV	V	V

7.	Ausbringen von Abfällen aus der Herstellung und Verarbeitung nichtlandwirtschaftlicher Erzeugnisse und von nicht gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten auf landwirtschaftliche, erwerbsgärtnerische und forstwirtschaftliche Nutzflächen	V	V	V
8.	Zufuhr von mehr als 170 kg/ha Stickstoff aus organischen Düngern tierischer oder pflanzlicher Herkunft pro Jahr auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen	V		V
9.	Aufbringen von Gülle, Jauche, Silosickersaft, Geflügelkot und Gärresten sowie von gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten und Abfällen aus der Herstellung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit einem wesentlichen Gehalt an verfügbarem Stickstoff im Sinne des § 2 Nr. 11 DüV auf			
9.1	Grünland	V		V
9.1.1	vom 1.10. bis 31.01.	-		-
9.1.2	in der übrigen Zeit	V		V
9.2	landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen			
9.2.1	von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum 31.01. des Folgejahres (Der Zeitraum verlängert sich bei einer Frühjahrsbestellung um einen Monat. Der Verbotszeitraum beginnt erst am 16. 09., wenn nach der Ernte der letzten Hauptfrucht eine Zwischenfrucht oder Wintertraps angebaut wird).	-		-
9.2.2	in der übrigen Zeit	V		V
9.3	forstwirtschaftliche genutzte Flächen			
10.	Aufbringen von Stallmist			
10.1	auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen	-		-
10.2	auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen	V		V
11.	Umbruch von Grünland			
11.1	zur Nutzungsänderung			
11.1.1	Grünland, das aufgrund seiner natürlichen Standortgegebenheiten keine ordnungsgemäße Ackernutzung zulässt (absolutes Grünland)	V		V
11.1.2	Grünland, das eine ordnungsgemäße ackerbauliche oder gärtnerische Nutzung zulässt (fakultatives Grünland)	G		G
11.2	zur Grünlanderneuerung	G		G
12.	Betreiben von Winterweiden mit Zufütterung oder Pferchen			
	Ausnahme: Raufutter fressende Tiere			
13.	Begrünung und Umgang mit Dauerbrachen			
13.1	Brachen ohne gezielte Begrünung	V		V
13.2	Umbruch von Dauerbrachen in der Zeit vom 01.07. bis 31.01. Ausnahme: Umbruch mit nachfolgendem Anbau von Wintertraps	V		V
14.	Kahlschlag von forstlich genutzten Flächen			
14.1	zur Änderung der Nutzungsart	V		V
14.2	zu sonstigen Zwecken, wenn der Kahlschlag 0,5 ha überschreitet	G		G

15.	Errichten oder Erweitern von Kleingartenanlagen oder Dauerkleingärten	V	
16.	Lagern von Wirtschaftsdüngern	V	
16.1	außerhalb undurchlässiger Anlagen	V	
16.2	Lagern von Jauche, Gülle und Silagesickersäften	G	
16.2.1	in Behältern mit Leckerkennung	V	
16.2.2	in Behältern ohne Leckerkennung	V	
16.2.3	in Erdbecken mit Folienabdichtung	-	
17.3	Zwischenlagern von Stallmist und Geflügelkot	V	
17.	Lagern von Gärfutter	V	
17.1	in Gärfermentierern ohne Dichtung Ausnahme: Siliergut mit einem Trockensubstanzgehalt von 28 % und mehr sowie einer max. Höhe der Feld- miete von 3,0 m	G	
17.2	in Gärfermentierern mit Dichtung Ausnahme: Siliergut mit einem Trockensubstanzgehalt von 28 % und mehr sowie einer max. Höhe der Feld- miete von 3,0 m	-	
17.3	in baugenehmigungspflichtigen Anlagen mit dichter Sohle und Auffangvorrichtung für Silagesäfte	-	
18.	Anlegen von Dränen oder Vorflutern Ausnahme: Instandsetzungsmaßnahmen	G	
19.	Einrichten von Holzpolterplätzen mit Beregnung	G	
	Wassergefährdende Stoffe		
20.	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Abs. 3 WHG außerhalb von Anlagen, Vorrichtungen oder Behältern, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist Ausnahme: im Rahmen ordnungsgemäßer Landbewirtschaftung aufgebrauchte Dünge- und Pflanzenschutzmittel	V	
21.	Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 62 Abs. 3 WHG		Es gelten die Regelungen der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (-VAwS-) in der jeweils gültigen Fassung
22.	Errichten und Erweitern von		
22.1	Rohrleitungsanlagen gemäß § 62 WHG, ausgenommen Feldleitungen	V	
22.2	Feldleitungen, die der Bergaufsicht unterliegen	G	
23.	Einbringen von wassergefährdenden Stoffen in den Untergrund	V	
	Abfall, bauliche Anlagen, Sondernutzungen		
24.	Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Abfallbeseitigung	V	

25.	Lagern, Ablagern, Behandeln oder Umschlagen von Abfällen				
25.1	Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zum Ablagern von Abfall	V	V	V	V
25.2	Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zum Behandeln, zum Umschlagen oder zum Lagern von Abfällen gemäß Anhang zur 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV), Spalte 1 Ausnahme: Kompostierungsanlagen	V	V	-	-
25.3	Errichten oder wesentliches Ändern von Kompostierungsplätzen oder Kompostierungsanlagen Ausnahme: Eigenkompostierung	G	G	-	-
26.	Ausweisung von Baugebieten				
26.1	Wohnbebauung	G	G	G	G
26.1.1	mit Anschluss an eine zentrale Abwasserbeseitigung	V	V	V	V
26.1.2	ohne Anschluss an eine zentrale Abwasserbeseitigung	V	V	V	V
26.2	Gewerbe- und Gewerbemischgebiete	G	G	-	-
27.	Errichten und Erweitern von Gebäuden Ausnahme: Erweiterung von Wohngebäuden	G	G	-	-
28.	Neubau und Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen und Plätzen Ausnahme: Land- oder forstwirtschaftlichen Wirtschaftswege	G	G	-	-
29.	Bahnanlagen				
29.1	Bau von Bahnlinien	G	G	-	-
29.2	Bau oder wesentliches Erweitern von Güterumschlaganlagen der Eisenbahn, Rangierbahnhöfe	V	V	G	G
30.	Verwendung von Baustoffen im Straßen-, Wege-, Wasser- oder Landschaftsbau, die wassergefährdende Stoffe oder Beimengungen enthalten oder die durch Umwandlung wassergefährdend wirken können	V	V	V	V
31.	Bau von Start- oder Landeflächen des Luftverkehrs, einschließlich Sicherheits- oder Notabwurfflächen	V	V	V	V
32.	Militärische Anlagen und Übungen				
32.1	Bauen von militärischen Anlagen oder Einrichten von Übungsplätzen	V	V	V	V
32.2	Durchführung von Manövern oder militärischen Übungen von Streitkräften oder ähnlichen Organisationen außerhalb von Standort- und militärischen Truppenübungsplätzen	V	V	V	V
33.	Sport- und Freizeiteinrichtungen oder -veranstaltungen				
33.1	Bau oder wesentliche Erweiterung von Sport- oder Freizeiteinrichtungen, von denen keine nutzungsbedingt erhöhten Grundwassergefährdungen ausgehen (z. B. Campingplätze, Badeanstalten, Fußballplätze)	G	G	G	G
33.2	Bau oder wesentliche Erweiterung von Sport- oder Freizeiteinrichtungen, von denen nutzungsbedingt erhöhte Grundwassergefährdungen ausgehen (Schießstände, Golfplätze, Rennbahnen für den Motorsport)	V	V	V	V
33.3	Durchführen von Motorsportveranstaltungen außerhalb der dafür zugelassenen Verkehrswege oder -flächen	V	V	V	V

34.	Großveranstaltungen			
34.1	Märkte, Volksfeste oder sonstige Großveranstaltungen außerhalb dafür vorgesehener Anlagen	G		G
34.2	Nutzung von Freiflächen als Parkplätze	G		-
35.	Friedhöfe			
35.1	Neuanlage von Friedhöfen	V		G
35.2	Erweiterung von Friedhöfen	G		G
36.	Anlegen oder wesentliches Ändern von Fischteichen	G		G
	Bodeneingriffe			
37.	Erdaufschlüsse, die räumlich und zeitlich eng begrenzt sind (z. B. Ausgrabungen, Ausschachtungen im Rahmen von Baumaßnahmen) sowie alle über die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung hinausgehenden Bodeneingriffe von mehr als 3 m Tiefe	G		G
38.	Gewinnung von Bodenschätzen, Bodenabbau oder Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten auf Dauer vermindert werden			
38.1	mit Freilegung des Grundwassers	V		G
38.2	ohne Freilegung des Grundwassers	G		G
39.	Verfüllen von Bodenabbaustellen oder Erdaufschlüssen mit mineralischen Reststoffen, die den technischen Anforderungen der Ländereinigungsabfall (LAGA) „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von Reststoffen/Abfällen“ nicht entsprechen	V		V
40.	Anlagen und Maßnahmen des Bergbaus mit Eingriffen in die Deckschichten	G		G
41.	Durchführen von Sprengungen	G		G
42.	Abteufen von Bohrungen von mehr als 3 m Tiefe Ausnahme: Bohrungen für die öffentliche Wasserversorgung	G		G
43.	Erdwärmennutzung			
43.1	oberhalb eines Grundwasserleiters	-		-
43.2	mit Erschließung eines Grundwasserleiters	V		G

64 Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster
53.09L-500-53.0078/15/4.4.1

45699 Herten, den 23.03.2016

Die Firma Ruhr Oel GmbH, Gelsenkirchen hat einen Antrag zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb der Raffinerieanlage auf dem Betriebsgrundstück Pawiker Str. 30, 45896 Gelsenkirchen (Gemarkung Buer, Flur 22, Flurstück 563 u. 574), vorgelegt.

Die Ruhr Oel GmbH plant zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und Flexibilität innerhalb des Heizgassystems die Möglichkeit zu schaffen, zusätzlich Erdgas in das Heizgassystem einzuspeisen.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren (Screening) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsuntersuchung gemäß §§ 3a-c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Im Rahmen dieses Verfahrens wurde festgestellt, dass es einer weiteren Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Genehmigungsverfahrens nicht bedarf, da u.a. erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das Vorhaben nicht zu besorgen sind.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Die Bekanntmachung der Feststellung erfolgt nach § 3a UVPG in entsprechender Anwendung des § 10 Abs. 3 Satz 1 des BImSchG.

Im Auftrag
gez. Baal

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2016 S. 140

65 Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster
53.09L- 500-53.0070/15/4.4.1

45699 Herten, den 23.03.2016

Die Firma Ruhr Oel GmbH, Gelsenkirchen hat einen Antrag zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb der Raffinerieanlage auf dem Betriebsgrundstück Pawiker Str. 30, 45896 Gelsenkirchen (Gemarkung Buer, Flur 9, Flurstück 14), vorgelegt.

Die Ruhr Oel GmbH plant aufgrund der Außerbetriebnahme der Ammoniaksynthese, den Umbau der Starkwasseranlage.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren (Screening) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsuntersuchung gemäß §§ 3a-c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Im Rahmen dieses Verfahrens wurde festgestellt, dass es einer weiteren Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Genehmigungsverfahrens nicht bedarf, da u.a. erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das Vorhaben nicht zu besorgen sind.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Die Bekanntmachung der Feststellung erfolgt nach § 3a UVPG in entsprechender Anwendung des § 10 Abs. 3 Satz 1 des BImSchG.

Im Auftrag
gez. Baal

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2016 S. 140

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Eine Information der Landesregierung

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

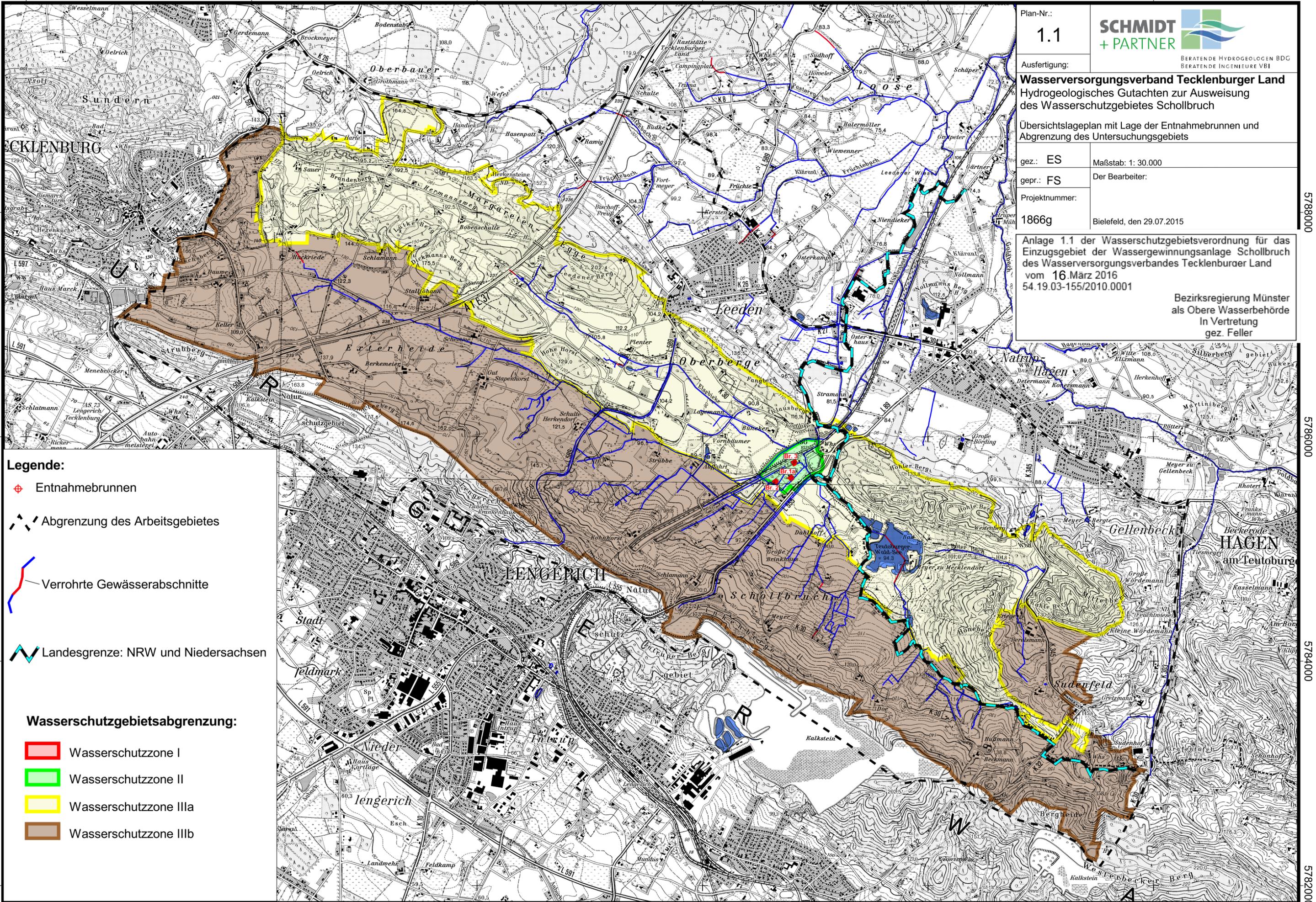
Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster



Plan-Nr.: **1.1**

Ausfertigung: **SCHMIDT + PARTNER**
BERATENDE HYDROGEOLOGEN BDG
 BERATENDE INGENIEURE VBI

Wasserversorgungsverband Tecklenburger Land
 Hydrogeologisches Gutachten zur Ausweisung
 des Wasserschutzgebietes Schollbruch

Übersichtslageplan mit Lage der Entnahmepumpen und
 Abgrenzung des Untersuchungsgebietes

gez.: ES	Maßstab: 1: 30.000
gepr.: FS	Der Bearbeiter:
Projektnummer:	
1866g	Bielefeld, den 29.07.2015

Anlage 1.1 der Wasserschutzgebietsverordnung für das
 Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Schollbruch
 des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land
 vom 16. März 2016
 54.19.03-155/2010.0001

Bezirksregierung Münster
 als Obere Wasserbehörde
 In Vertretung
 gez. Feller

Legende:

- Entnahmepumpen
- Abgrenzung des Arbeitsgebietes
- Verrohrte Gewässerabschnitte
- Landesgrenze: NRW und Niedersachsen

Wasserschutzgebietsabgrenzung:

- Wasserschutzzone I
- Wasserschutzzone II
- Wasserschutzzone IIIa
- Wasserschutzzone IIIb

5786000

5786000

5784000

5782000

5788000

5786000

5784000

5782000